

A12 Köln bleibt stabil gegen Corona

Antragsteller*in: SB Lindenthal
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Ratsfraktion der SPD Köln

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern weitergehende Anstrengungen der Stadt Köln für eine
2 Erhöhung der Impfquote. Zu diesem Zweck schlagen wir folgende konkrete Maßnahmen
3 vor:

- 4 • Eine Analyse der konkreten Impfquoten in den einzelnen Kölner Stadtteilen.
- 5 • Eine moderne, mehrsprachige Aufklärungskampagne in den Stadtteilen mit
6 einer geringen Impfquote.
- 7 • Einen Ausbau der niedrighschwelligen Impfangebote (z.B. in Form von mobilen
8 Impfteams), ebenfalls vermehrt in Stadtteilen mit einer geringen
9 Impfquote. Diese sollen an zentralen Plätzen, wie etwa vor Bahnhöfen oder
10 Supermärkten errichtet werden. Bei der Auswahl, der für die Impfung
11 werbenden Menschen, soll darauf geachtet werden, dass diese neben Deutsch
12 möglichst auch eine andere Sprache (z.B. Russisch, Französisch, Türkisch
13 oder Arabisch) sprechen - abhängig von der Einwohnerstruktur in den
14 jeweiligen Vierteln. Als Positivbeispiel ist hierbei Bremen zu nennen,
15 welches mit einem ähnlichen Vorgehen die Impfquote stark erhöht hat.
- 16 • Die Schaffung materieller Anreize (z.B. in Form von Supermarkt Gutscheinen,
17 Freibad-, Fußball- oder Kinotickets)

18 Um für zukünftige Pandemien oder andere gesundheitliche Notlagen gewappnet zu
19 sein, wird die Stadt Köln zudem aufgefordert, ein pandemisches Krisenkonzept zu
20 entwickeln. Dabei soll insbesondere geprüft werden wie große Teile der
21 Stadtbevölkerung in kürzester Zeit geimpft oder medizinisch versorgt werden
22 können. Es soll frühzeitig festgelegt werden welche öffentlichen Gebäude dafür
23 herangezogen werden sollen, welches Personal dafür abgestellt wird und welche

24 Träger die medizinische Versorgung der Bevölkerung übernehmen. Die Strategie
25 soll außerdem darlegen, wie die kritische Infrastruktur der Stadt
26 aufrechterhalten wird.

Begründung

Impfen ist nach Meinung der meisten Expert*innen der einzig gangbare Weg aus der Krise. Eine Durchseuchungsstrategie würde Kollateralschäden erheblichen Ausmaßes in Kauf nehmen. Wir sehen, dass die aktuellen Entwicklungen rund um die (wohl) mildere Omikron-Variante des Coronavirus sowie auch die rechtlichen und praktischen Bedenken bei der Einführung und Handhabung eines möglichen Impfregisters die Durchsetzung einer Impfpflicht herausfordernder erscheinen lassen.

Umso wichtiger ist es in dieser Phase der Pandemie, möglichst vielen Bürger*innen auf freiwilliger Basis einen möglichst umfassenden Impfschutz zukommen zu lassen. Ohne damit eine Impfpflicht ausschließen zu wollen, ist für uns klar, dass in einem freiheitlichen Staat die Überzeugung der Bürger*innen Vorrang vor der Anwendung von Zwang hat. Die Stadt Köln hat noch nicht alles in ihrer Macht stehende getan, um die Bürger*innen von der Impfung zu überzeugen.

Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sich ein Teil der bislang skeptischen, noch ungeimpften Bevölkerung durch Anreize überzeugen lassen würde (Hartmann et al¹; Garcia/Czech²). Eine Studie der Humboldt-Universität zu Berlin geht dabei von einer signifikanten Steigerung der Impfbereitschaft bereits ab einem Geldwert von 50€ aus (siehe für die ganze Studie Hartmann et al.). Ein Gutschein in dieser Höhe würde einer Konzertkarte für die Kölner Philharmonie oder einem Schwimmbadbesuch für eine fünfköpfige Familie entsprechen. Nicht zu unterschätzen ist dabei auch der psychologische Effekt der Impfkationen: Mithilfe der Impfanreize in städtischen Freizeiteinrichtungen lässt sich den Bürger*innen praktisch demonstrieren, welche Freizeitaktivitäten wieder zur Normalität werden könnten, wenn eine hinreichend hohe Impfquote erreicht ist.

Als ein weiterer Nebeneffekt ist zu nennen, dass gerade auch Kultureinrichtungen wie Theater, die besonders unter Krise der vergangenen zwei Jahre gelitten haben, wieder in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden könnten. Es kann schließlich davon ausgegangen werden, dass sich die Gewährung von Gutscheinen nicht in einem problematischen Maße negativ auf die Haushaltssituation der Stadt Köln auswirkt. Vielmehr würden hauptsächlich Menschen von den Anreizen profitieren, die derzeit ohnehin aufgrund der geltenden 2G-Regelungen von einem Besuch der jeweiligen Einrichtungen absehen mussten. Da die Einrichtungen weiterhin geöffnet sind, entstehen keine zusätzlichen Kosten. Vielmehr könnte es sogar noch zu positiven Werbeeffekten kommen.

Die Stadt Köln trägt nicht nur durch das aktive Fördern der Impfung Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bürger*innen. Auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Corona-Pandemie sollte die Stadt vorausschauend handeln. Die Stadt Köln hat während der Corona-Krise gezeigt, dass sie organisatorische Hürden, etwa die Errichtung eines Impfzentrums in den Messehallen, kurzfristig meistern kann. Diese Fähigkeit soll systematisch verstetigt werden. Ein Plan zur Vorgehensweise in gesundheitlichen Krisensituationen ist aus zwei Gründen sinnvoll und notwendig. Zum einen zeigt sich immer mehr, dass die Impfung gegen das Coronavirus einer regelmäßigen Auffrischung bedarf, zumindest für Risikogruppen. Dafür werden mittelfristig immer wieder Kapazitäten benötigt, um Teile der Bevölkerung zu impfen.

Zum anderen zeigt uns die Corona-Pandemie, dass jederzeit gesundheitliche Notlagen auftreten können, auf die schnell und effektiv reagiert werden muss. Die Stadt Köln soll dann vorbereitet sein: Eine Strategie in der Schublade spart im Ernstfall Zeit und Ressourcen. Eine solche Strategie könnte zum Beispiel beinhalten welche öffentlichen Gebäude sich in kurzer Zeit in Versorgungsstützpunkte umwandeln lassen (Schulen, Ämter, Sporthallen etc.). Gegebenenfalls kann dort haltbares Material, etwa Trennwände, Liegen oder Kabel vorgehalten werden. Auch ergibt es Sinn, das Personal im öffentlichen Dienst in die Strategie einzubinden und Aufgaben für den Notfall konkret zu benennen. Die Festlegung der einzelnen Bestandteile der Strategie soll allerdings den Expert*innen aus der Verwaltung, aber auch dem Katastrophenschutz und aus den Krankenhäusern überlassen werden.

¹ <https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/mai-2021/nr-21510>

² https://econpapers.wiwi.kit.edu/downloads/KITe_WP_150.pdf